



Bezirksvertreter nehmen Sorgen der Bürger ernst

Die geplanten Windenergieanlagen auf den Bergücken des Wesselbach- und des Nahmertales und die Befahrbarkeit der Innenstadt waren gestern Abend die Schwerpunkte der Sitzung der Bezirksvertretung. Dazu hatten sich fast einhundert Bürger eingefunden, die zu Beginn in der Einwohnerfragestunde ihre Sorgen um die Gesundheit der Talbewo-

ner und die Zerstörung der Lebensräume der Tiere fundiert zum Ausdruck brachten. Dabei bezogen sie sich auf die Abstandsflächen von möglichen Windenergieanlagen zur Wohnbebauung, auf die Gefahren durch Infraschall und auf den Ablauf der Genehmigungsverfahren. Die Bezirksvertreter, das machte die anschließende Aussprache deutlich, zeigten sich

von der Zahl und insbesondere der Qualität der Einwände und der Argumente beeindruckt und versicherten, die Bedenken ernst zu nehmen. Bis zur nächsten Sitzung (16. September) soll die Verwaltung alle Fragen beantworten und zur weiteren Information gesammelt an die Politik und die Bürger zurückgeben. Weiterer Bericht folgt! FOTO: VOLKER BREMSHEY

„Gegenwind Hagen“ gegründet

Bürgerinitiative macht auf breiter Front mobil

Hohenlimburg. Gemeinsam sind wir stark. Das sagen sich jetzt zahlreiche Bewohner des Wesselbachtals und der Nahmer, die sich unter einem gemeinsamen Leitthema gegen die geplanten Windenergieanlage wehren wollen: „Bürgerinitiative Gegenwind Hagen“.

Nach den Sommerferien soll auf einer Veranstaltung diese Bürgerinitiative und somit die Ziele vorgestellt werden. Gegenwärtig kommunizieren die Initiatoren über E-Mail, parallel wird ein Flyer mit einer Beitrittserklärung vorbereitet. Ein zunächst geplanter Aufnahmebeitrag entfällt. Die Zahl der ausgelegten Unterschriftenlisten hat sich in den zurückliegenden Tagen erhöht. Diese liegen jetzt auch in Elsey aus. So im Orthopädie-Fachgeschäft Rossa an der Möllerstraße.

i Ansprechpartner ist: Andreas Paul, Am Schlossberg 10. E-Mail: Paul.Andreas@t-online.de

Anmerkung: Könnte vielleicht interessant werden!!!

WESTFALENPOST 25.06.2015

Remmel stärkt Naturschutz in NRW

Grüner Landesumweltminister legt Eckpunkte eines neuen Gesetzes vor. Es wird gravierende Auswirkungen auf die Bauplanung der Kommunen haben

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) plant eine Neuausrichtung des Natur- und Artenschutzes mit möglicherweise gravierenden Auswirkungen auf die Bau- und Infrastrukturplanung vieler Städte. Ein neues NRW-Naturschutzgesetz, das die rot-grüne Landesregierung in Eckpunkten beschlossen hat und das im Frühjahr 2016 in Kraft treten soll, sieht eine deutliche Stärkung des Umweltgedankens vor.

So soll es künftig nicht mehr möglich sein, die für Wohnbebauung, Gewerbegebiete oder Straßen verbrauchte Fläche nur in gleicher Hektarzahl an anderer Stelle zu ersetzen. Die von der schwarz-gelben

Vorgängerregierung geschaffene „1:1-Regelung“ werde gekippt, kündigte Remmel an. Stattdessen soll die verbrauchte Fläche „qualitativ gleichwertig“ ersetzt werden. Für einen Hektar gefällt Altwald-Bestand müssten demnächst drei Hektar Neuaufforstung nachgewiesen werden, rechnete das Umweltministerium vor. „Wir füh-

ren das Landesrecht nur auf Bundesnaturschutzrecht zurück“, verteidigte Remmel seinen Vorstoß.

Deutlich aufgewertet werden durch das neue Naturschutzgesetz auch wieder die Landschaftsbeiräte. Sie sollen ein Widerspruchsrecht bei kommunalen Großvorhaben zurück erhalten. Stellungnahmen dieser Gremien, in denen Um-

weltverbände das Wort führen, hätten damit aufschiebende Wirkung. Schwarz-Gelb hatte in der Regierungszeit bis 2010 die Macht der Landschaftsbeiräte eingeschränkt, um Investitionsvorhaben zu beschleunigen. „Der Interessenausgleich muss wieder gestärkt werden“, sagte Remmel.

Darüber hinaus soll die „Verinselung“ von Naturräumen beendet werden. Remmel plant, die Fläche der zusammenhängenden Biotope in NRW von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen. Das Land würde mit dem neuen Naturschutzgesetz erstmals ein Vorkaufsrecht für alle Grundstücke in Naturschutzgebieten erhalten. Die Umwandlung von Wiesen und Weiden in Ackerland soll verboten werden. **Kommentar S. 2**

Mehr Geld für Biologische Stationen

■ **Weitere Pläne sind:** Die 39 Biologischen Stationen, die rund die Hälfte des NRW-Naturschutzgebietes betreuen und vor allem den Zustand der Natur dokumentieren, sollen finanziell gesichert

werden. Die zurückgehende Förderung war kritisiert worden.

■ **Die 100 Wildnisgebiete** in NRW werden geschützt. Dort ist die Natur sich selbst überlassen.